

Presseinformation vom 15.11.2024

IHK zieht derbe vom Leder mit windelweichen Riemen

Die norddeutschen Industrie- und Handelskammern (IHK) wollten von ihren Mitgliedsunternehmen wissen, wie sie zur geplanten A 20 stehen. Nur rund neun Prozent der Befragten hat das Thema überhaupt interessiert. Ausgehend von der Gesamtzahl der Mitgliedsunternehmen der beteiligten IHKs entspricht das 0,1 Prozent. Von diesen werden dann abenteuerliche und keinesfalls repräsentative Schlüsse gezogen, wie beispielsweise ein drohender Wegzug von Unternehmen. Das würden nämlich nur Mitgliedsunternehmen im Promillebereich in Erwägung ziehen, ist also eigentlich keiner Erwähnung wert.

Die IHK ist sich tatsächlich nicht zu schade, die A 20 als Klimaschutzprojekt darzustellen. Sie „vergaß“ allerdings zu erwähnen, dass der entstehende Mehrverkehr den möglichen Nutzen kürzerer Wege laut Bundesverkehrswegeplan komplett auffressen und im Gegenteil zu höheren CO₂-Emissionen führen wird.

„Wie groß muss die berechtigte Sorge der IHK sein, dass die A 20 am Ende nicht kommen wird, dass sie derart derbe vom Leder zieht mit fadenscheinigen Zahlen“, wundert sich Uwe Schmidt, Pressesprecher der Initiativen gegen die A 20. Hätte die IHK ihren Mitgliedern die Ergebnisse der Studie von Transport & Environment¹ mitgeteilt, wonach sich nach Einpreisung der Kostensteigerungen für Bau und CO₂-Ausstoß bei der A 20 ein negativer Nutzen von minus 2 ergibt, hätte das Ergebnis der Umfrage sicher anders ausgesehen. Das heißt nämlich, dass jeder in die A 20 investierte Euro Kosten in Höhe von 2 Euro verursacht. Kein privater Investor steckt Geld in ein Projekt mit einer negativen Rendite – auch nicht die Unternehmensverbände der IHK, die die A 20 fordern. Sie verlangen aber genau das vom Staat bzw. dem Steuerzahler, der dann die Rechnung bezahlen soll.

Vielleicht sollten die IHK und ihre Mitglieder sich die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung anhören. Nach dem Ergebnis einer Umfrage finden nämlich mehr als zwei Drittel der Deutschen, dass es genug Autobahnen in Deutschland gebe. Nur fünf Prozent meinten, dass mehr Geld in den Neubau von Autobahnen gesteckt werden solle. 13 Prozent seien dafür, bestehende Autobahnen auszubauen und die große Mehrheit von 71 Prozent sind der Meinung, dass der Instandhaltung der vorhandenen Autobahnen einschließlich Brückensanierung Vorrang eingeräumt werden solle. In ländlichen Regionen seien dies sogar 80 Prozent.²

¹ <https://www.transportenvironment.org/te-deutschland/articles/wie-das-verkehrsministerium-mit-veraltetem-daten-plant>

² <https://www.sueddeutsche.de/politik/autobahn-neubau-umfrage-yougov-lux.D6CehChfW3n3TtxxcJHYm2?reduced=true>